

Danke Riehen! Danke Bettingen!



Parteipräsidentin Patricia von Falkenstein

Bei zwei wichtigen Abstimmungen resultierten aus Sicht der LDP im Kanton richtige Entscheide; bei der 99%-Initiative und beim Umgestaltungsprojekt des Hörnli-Vorplatzes. Beide Vorlagen wurden abgelehnt. Das Nein zur Umverteilungs-Initiative und zum Grossratsbeschluss Hörnli-Vorplatz kam aber nur zustande, weil Riehen und Bettingen das jeweilige städtische Resultat «kehrten». Wir von der LDP sind froh darüber. Riehen und Bettingen gebührt Dank für die klare Ablehnung dieser zwei schlechten Forderungen.

Bedürfnisse der Landgemeinden ernst nehmen

Was bedeutet das für das Verhältnis zwischen den beiden Landgemeinden und der Stadt, die es ja von den staatlichen Strukturen betrachtet, gar nicht gibt? Für uns ist klar, wie der Regierungsrat und der Grosse Rat sich gegenüber Riehen und Bettingen zu verhalten haben. Die Anliegen unserer Landgemeinden müssen ernst genommen werden – das tönt

banal und scheint selbstverständlich, ist es aber leider nicht. Gerade die Diskussion um die Parkplätze vor dem Friedhof und am Otto Wenk-Platz zeigt, dass der Grosse Rat sich nicht mit den Riehener Behörden in Verbindung gesetzt hat, als er durch seine Kommission die Vorlage des Regierungsrats geändert hat.

Unachtsamkeit oder Arroganz?

Was als Unachtsamkeit bezeichnet werden kann, wird in Riehen als Arroganz gewertet – verständlich! Auch der Regierungsrat muss seine Sensibilität gegenüber den Landgemeinden erhöhen: Vor nicht allzu langer Zeit wurde vom Bau- und Verkehrsdepartement die Idee eines Verkehrsdosierungs-Systems auf den Zufahrtsstrassen von Riehen zur Stadt propagiert, künstliche Behinderungen des Verkehrsflusses als Mittel staatlicher Umerziehung. Noch weiter zurück liegt eine von Neid getriebene Volksinitiative, welche die Steuern in Riehen anheben wollte. Es ist damals zum Glück – dank des LDP-Finanzdirektors – gelungen, eine andere Lösung zu finden. Auch heute finden wir von der LDP, dass es wichtig ist, im Kanton auch Gemeinden zu haben, welche tiefere Steuern kennen. Aktuell gilt diese zwingende Beachtung der Anliegen der Landgemeinde-Bevölkerung für das Ausbauprojekt der S-Bahn; ein no-go, die Haltung der Riehenerinnen und Riehener zu übergehen.

Wir von der LDP wollen mithelfen, dass der politisch bürgerliche Teil der Stadtbevölkerung stärker wird und dass die bürgerlichen Kräfte in Riehen und Bettingen Unterstützung aus der Stadt erhalten. Für die LDP ist das ein Dauerauftrag.

Danken darf ich im Namen der LDP auch unserem Nationalrat Christoph Eymann, der sein Amt Ende November 2021 abgibt.

Grosser Leistungsausweis unseres Nationalrats

Mit seiner Erfahrung aus seiner ersten Zeit in der grossen Kammer von 1991 bis 2001 und aus seiner Regierungstätigkeit, dem Präsidium der Schweizerischen Universitätskonferenz und der Erziehungsdirektorenkonferenz konnte

Inhalt

Die Parteipräsidentin:
Danke Riehen! Danke Bettingen!
Seite 1

Der Fraktionspräsident:
Dicke Bretter bohren

Ausbau der S-Bahn durch Riehen:
Eine bessere Lösung muss her
Seite 2

Rückblick auf die kantonalen Abstimmungen

Jungliberale: Studieren in Corona-Zeiten
Seiten 3

Mieterverbandsinitiative:
Nein zur gefährlichen Zwängerei
Seite 4

Christoph Eymann:
Der Abschied von Bern
Seiten 5 - 7

Ein Zwischenruf:
Werden SP-Mitglieder entmündigt?
Seite 8



Dank Riehen und Bettingen gab es in Basel-Stadt kein Ja in den Abstimmungen über die Umgestaltung des Hörnli-Vorplatzes und über die 99%-Initiative. Hätten nur die Abstimmenden in der Stadt selbst gezählt, hätte ein Ja resultiert!

er einiges bewegen: so wurden dank seines Lobbyings und der guten Beziehungen zum Bundesrat 100 Millionen Franken für die Ausbildung zusätzlicher Ärztinnen und Ärzte nicht aus bestehenden Mitteln des Bundes «abgezweigt» sondern zusätzlich bezahlt – auch zum Wohle unserer Universität. Der Bundesbeitrag zur Förderung der berufsorientierten Weiterbildung wurde wegen seines Antrags um 20 Millionen Franken erhöht. Stark auch sein Engagement für die Pharma-Industrie; wenn in absehbarer Zeit für die Forschung anonymisierte Patientendaten zur Verfügung stehen, hat dies viel mit seinen Vorstössen zu tun. Auch ein Nationales Forschungsprogramm gegen Alzheimer-Krankheit hat er im Nationalrat mit Erfolg gefordert und dabei die Unterstützung aller Medizinischer Fakultäten der Schweiz erhalten. Es gäbe noch einige weitere Aktivitäten zu erwähnen, die ihn in Bern zu einem angesehenen und beliebten Kollegen werden liessen. Christoph Eymann ist ein Aushängeschild der LDP mit Bekanntheitsgrad über die Kantons Grenzen hinaus. Ich bin sicher, dass unsere Partei noch lange von seiner Erfahrung wird profitieren können.

Die LDP hat ein klares Profil, auch in den aktuell eher unruhigen Zeiten. Wir stehen hinter Massnahmen, welche partiell unseren Bewegungsradius einschränken, weil es um die Gesundheit der Bevölkerung und der Wirtschaft geht. Wir stehen klar hinter unserer Wirtschaft und setzen uns für deren Bedürfnisse ein, sei es für die Inverkehrbringung von Heilmitteln oder die Ausdehnung der Flächen für die Bewirtung im Aussenbereich von Beizen. Wir kritisieren den Abbau der Leistungen der Post als Monopolbetrieb. Wir engagieren uns für Menschen, denen es nicht gut geht. Unser Leistungsausweis für eine bessere Umwelt kann sich sehen lassen. Als eigenständige Partei können wir auch den Bundesrat kritisieren, weil er sich keine Bestnoten verdiente mit seiner Europapolitik und es nicht geschafft hat, dass sich die Schweizer Hochschulen bei Horizon beteiligen.

Für das Wohlwollen, das der LDP von Ihnen entgegengebracht wird, bedanke ich mich.

Mit besten Grüßen nach Riehen, Bettingen und Basel,

Ihre Parteipräsidentin
Patricia von Falkenstein

Ausbau der S-Bahn durch Riehen: Eine bessere Lösung muss her

Nach einer Medienkonferenz des Gemeinderates vom 29. September 2021, an der über den geplanten zweigleisigen Ausbau der S6 (Wiesentalbahn) durch Riehen informiert wurde, ist es zum grossen Thema im Dorf geworden. Der Gemeinderat wehrte sich an der Pressekonferenz grundsätzlich gegen den geplanten Ausbau, ist aber für bessere Lösungen offen.



Gemeinderat
Daniel Hettich

Die deutschen Anrainergemeinden der Garten- und Wiesentalbahn, wie die S5 und S6 auch genannt werden, haben im Jahr 2015 unter dem Namen Zweckverband Regio-S-Bahn ihre Ziele und Anforderungen an die Bahn für die Zukunft festgelegt. Für die gewünschte Umsetzung der Taktverdichtung auf 15 Min. erstellte die DB Netz AG im Jahr 2018 ein Betriebskonzept zum geplanten Ausbau. Dabei wurde klar, dass es für einen bestimmten Streckenabschnitt in der Schweiz eine Doppelspur zu Kreuzungs-

zweck benötigt, um den gewünschten Takt einhalten zu können. Angedacht war diese im Bereich der Haltestelle Niederholz Richtung Basel, also südlich des Dorfkerns. Da der Ausbau in diesem Bereich das Dorf nicht tangiert hätte, die Geleise offen geführt worden wären und die Kosten auf deutscher Seite lagen, wurde beim Bund für den Ausbauschritt 2035 von Seiten der Gemeinde Riehen kein Antrag auf einen entsprechenden Finanzbeitrag gestellt.

Im Jahr 2019 wurde dann eine Fahrplanstudie in Auftrag gegeben, bei der sich herausstellte, dass der Ausbau nicht zwischen Badischen Bahnhof und Riehen, sondern vom Bahnhof Riehen in Richtung Lörrach ausgeführt werden muss, um die Ziele zu erreichen. Grosse Auswirkungen auf den geänderten Fahrplan mit den Verschiebungen der Zweigleisigkeit hätten zum einen das ge-

Dicke Bretter bohren



In der letzten Ausgabe des «Liberal» habe ich geschrieben, dass es für uns als Fraktion nicht einfach werden wird in der neuen Parlamentszusammensetzung erleben zu müssen, dass wir leider oft zu den «Verlieren» gehören. Ja, wir haben es schon ein paar Mal erleben müssen, aber wir haben auch erfreulicherweise zu siegreichen Geschäften beigetragen. Hier die Stichworte einiger «gewonnener Geschäfte»: Bettler-Gesetz; Referendum Hörnli Parksituation; Care-Leaver. Ein hartes Ringen gibt es jeweils um die persönlichen Vorstösse, wo Links-Grün viel Luxus und Unnötiges verlangt – was leider nur selten abgewehrt werden kann. So muss sich der Regierungsrat jetzt mit der Forderung nach einem Stadthotel für Obdachlose befassen. Immerhin gelang es dem bürgerlichen Lager, diverse Motionen zu einer mildereren Besteuerung des Eigenmietwertes durchzubringen. Was uns als Grossräte und Grossrätinnen immer noch beschäftigt ist, (wie Sie wohl alle auch) die Corona-Pandemie. Ich persönlich bin es leid, darüber zu diskutieren, was wir sollen, dürfen und müssen. Noch mehr bin ich es leid, Ignoranten und Egoisten zu erleben, die sich aus unerklärlichen Gründen (nicht medizinischen) nicht impfen und die das hoch-zelebrierte Persönlichkeitsrecht über die Gesundheit der Gesellschaft stellen. Diese Menschen, die mit Kuhglockengebimmel angeblich Freiheit über alles stellen sind sicherlich keine Liberalen. Liberal leben heisst, dass in einer kantonalen, nationalen oder internationalen Notsituation, individuelle Freiheitsrechte für das Allgemeinwohl eingeschränkt werden müssen. Auch liberal denkende Menschen wollen gerne ohne Einschränkungen leben und das könnten wir in der Schweiz, wenn alle die aktuell einzige, aber dafür sehr schlagfertige Waffe, nämlich die Impfung gegen den Virus anwenden würden. Die LDP Fraktion geht vorbildlich geimpft und geschützt voran. Ich wünsche Ihnen gut geimpft einen angenehmen Herbst und Winter.

Ihr Fraktionspräsident, Raoul Furlano

plante neue Zentralklinikum im Bereich Lörrach/Hauingen, wo ein zusätzlicher Halt eingefügt werden soll, sowie neue technische Vorgaben an den Haltestellen. Die technischen Vorgaben führen zu längeren Haltezeiten an den Bahnhöfen. Bei einer Strecke durch das ganze Wiesental führt das natürlich zu grösseren Verschiebungen. Zu diesem Zeitpunkt war die Frist für einen Antrag zur Finanzierung beim Bund leider schon abgelaufen. Als zuständiger Gemeinderat für die Bereiche „Mobilität und Versorgung“ erkannte ich die Problematik und auch die Schwierigkeit, sich dagegen zu wehren. Die Tatsache, dass es sich beim Bahntrasse um Deutsches Hoheitsgebiet handelt, erschwert die Handlungsfähigkeit der Gemeinde Riehen, ja setzt sie nahezu auf Null.

Von meinem Ressort aus wurde entschieden, auf Kosten der Gemeinde Riehen eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben betreffend einer Tieferlegung der Bahn. Im gleichen Zeitraum blieb ich als Grossrat nicht untätig und reichte be-

gleitend im Grossen Rat einen entsprechenden Anzug zum Thema ein: „Anzug Daniel Hettich und Konsorten betreffend Ausbau S6 durch Riehen: Auswirkung auf Riehen-Dorf“. Dieser wurde vom Parlament überwiesen mit Frist zur Beantwortung bis zum 21. 10. 2022. Darin wird die Unterstützung - auch finanziell - für eine Untertunnelung gefordert. Der Kanton ist somit zeitlich passend in der Pflicht.

Diese Forderung für eine Tieferlegung ist



grundsätzlich nicht neu, sie wurde schon mehrmals sowohl im Gemeindeparlament wie auch im Kantonsparlament in früheren Jahren aufgenommen. Wenn natürlich während der Ausführungsplanung derart einschneidende Änderungen seitens der Bauherren vorgenommen werden, sind auch die Schweizer Partner in der Pflicht, kurzfristig ihr Engagement anzupassen.

Die LDP Riehen bleibt dran und hilft Lösungen zu finden und fordert im Falle der oberirdischen Bauweise der Bahn flankierende Massnahmen wie zum Beispiel die Führung der beiden Kantonsstrassen Bettingerstrasse und Inzlingerstrasse unter der Bahn durch, um die niveaugleiche Kreuzung mit der Bahn zeitgerecht zu eliminieren.

Rückblick auf die kantonalen Abstimmungen

Parkplätze sind in Basel ein heiss diskutiertes Thema, so auch diese beim Vorplatz des Friedhofs am Hörnli. Die gesamte Umgestaltung der Hörnliallee, des Otto Wenk-Platzes und dem unteren Teil des Kohlistiegs wurden von Riehen und dem Kanton zusammen erarbeitet. Man suchte Lösungen um keine Parkplätze zu verlieren und doch eine verträgliche Umgestaltung zu erreichen, so dass der Platz und die Strasse mit dem Umbau und Sanierungen der Leitungen auch ein neues Gesicht bekommt. Die mit Riehen so vereinbarte Umgestaltung wurde dann bekanntlich im Kantonsparlament auf Antrag der UVEK mit einem Abbau von 48 Parkplätzen abgeändert. In der ursprünglichen Vorlage der Regierung zur Umgestaltung des Hörnli-Vorplatzes war dies nicht vorgesehen. Riehen wurde auch von Seiten der UVEK nicht angehört, was höchst enttäuschend ist.

Dagegen wurde erfolgreich das Referendum ergriffen, welches auch vom gesamten Gemeinderat von Riehen unterstützt wurde.

Am Sonntag, dem 26. September, sagten 6'415 Abstimmende in Riehen und damit knapp drei Viertel derjenigen, die sich zu diesem Traktandum an der Urne äusserten, Nein und halfen somit entscheidend mit, die Vorlage zu verwerfen. Denn in der Stadt resultierte mit 26'523 : 25'040 eine knappe Ja-Minderheit. Die grosse Nein-Mehrheit in den Landgemeinden sorgte damit dafür, dass auch die ältere Bevölkerung und diejenigen mit Gehbehinderungen einigermaßen bequem zum „Hörnli“ gelangen.

Daniel Hettich

Jungliberale: Studieren in Corona-Zeiten



von Xaver Dill, JLB-Vorstand

Am 20. September konnte ich etwas tun, das wie ein Relikt aus vergangenen Zeiten anmutete: Ich konnte physisch an einer Vorlesung teilnehmen – nach eineinhalb Jahren, die von Zoom-Vorlesungen geprägt waren. Auch wenn der Stoff via Zoom ebenfalls vermittelt werden kann, ist digitaler Unterricht für mich kein adäquater Ersatz für Vorlesungen vor Ort. Dennoch gilt es bis zum 1. November noch gewisse Einschränkungen zu erdulden (Vorlesungen mit vielen Teilnehmenden werden hybrid durchgeführt). Dass es ab dann wieder möglich ist, normal Vorlesungen zu besuchen, verdanken wir der Wissenschaft, die in einem nie dagewesenen Tempo einen Impfstoff gegen den tückischen Feind Corona entwickelt hat.

Dank der Impfung kann ich praktisch

wieder leben wie vor Corona, auch im Wissen, dass gefährdete Personen in meinem Umfeld durch ihre eigene wie auch durch meine Impfung geschützt werden. Das Zertifikat scheint mir für eine Übergangsphase eine angemessene Lösung – die Alternative wären im schlimmsten Fall wieder Lockdowns, die sich niemand mehr wünschen dürfte.

Aus meinem eigenen Studium kann ich berichten, dass die Dozentinnen und Dozenten sich Mühe geben, dass die zentralen Inhalte der Veranstaltungen auch online abrufbar sind. Zertifikatslosen wird also nicht, wie gewisse SVP-Exponenten behaupten, ihr Recht auf Bildung verweigert.

Meine Hoffnung ist, dass die Vernunft und das Vertrauen in die Wissenschaft sich schliesslich durchsetzen werden und wir in der Schweiz eine Impfquote erreichen, die unserem Selbstverständnis als Land, in dem Bildung eines der wertvollsten Güter darstellt, entspricht. Mit jeder Impfung mehr, sinkt das Risiko einer erneuten Überlastung des Gesundheitssystems. Haben wir diese Schwelle erreicht, wird es auch wieder möglich sein, ohne Zertifikat das Ende der Prüfungsphase zu feiern.

Mieterverbandsinitiative: Nein zur gefährlichen Zwängerei

Am 29. November 2020 hat die Basler Stimmbevölkerung für die Änderungen im Wohnraumfördergesetz gestimmt und damit strenge Wohnschutzbestimmungen zugunsten der Mieterinnen und Mieter in Basel-Stadt gutgeheissen. Nur gerade ein Jahr später, am 28. November 2021, muss der Souverän wieder über eine Initiative des Mieterverbandes abstimmen, die quasi eine Verstaatlichung des Baslerstädtischen Wohnungsmarktes bedeuten würde. Diese Initiative ist unnötig, weil die bereits verschärften Bestimmungen die Mieterinnen und Mieter und ihre berechtigten Interessen genügend schützen, aber die dringend nötigen Investitionen und einen Ausbau des Wohnangebotes ohne unnötige bürokratische Hürden einigermassen ermöglichen.

Zur Abstimmung gelangt die Initiative «JA zum ECHTEN Wohnschutz» des Basler Mieterverbandes. Er lancierte diese Initiative zusammen mit linken Kreisen, weil er der Meinung ist, dass seine erste Wohnschutzinitiative «Wohnen ohne Angst vor Vertreibung» gar nicht oder nicht zufriedenstellend umgesetzt wurde.

Kaum Ausnahmen möglich

Dem Mieterverband genügt die Unterstellung nur eines Teils des Wohnraums in Basel-Stadt nicht. Vielmehr sind – gemäss dieser Initiative - grundsätzlich alle Wohnliegenschaften zu unterstellen, mit wenigen Ausnahmen, nämlich die Genossenschaftswohnungen und Liegenschaften mit weniger als drei

Wohnungen. Ebenso gehen den Initianten die Abbruchmöglichkeiten zu weit; sie wollen ein generelles Abbruchverbot, welches nur ausnahmsweise durchbrochen werden können soll.

Zu strenge Bedingungen

Zudem findet der Verband auch die geltenden Preiserhöhungsmöglichkeiten nach erfolgter Sanierung als zu grosszügig. Er fordert die Beschränkung auf ein Minimum und koppelt das Bewilligungsverfahren an die Mietzinsanpassung: Erfolgt die Sanierung in bewohntem Zustand und ohne Mietzinsanpassung, so genügt ein einfaches Prüfungsverfahren. Folgt eine Mietzinserhöhung, welche in ihrem Ausmass auf einen kleinen Betrag gedeckelt wird, so gilt

ein vereinfachtes Bewilligungsverfahren. Die Vermieterschaft kann zwar ein umfassendes Bewilligungsverfahren beantragen. Dieses wird aber nur unter strengen Voraussetzungen zugelassen. Tatsache ist also, dass bei jedem Bauvorhaben, welches über den einfachen ordentlichen Unterhalt hinausgeht, ein Gesuch einzureichen ist. Dies gilt selbst dann, wenn eine Sanierung angestrebt wird, die baugesetzlich keine Bewilligung erfordert.

Anschlag auf Stockwerkeigentum

Ein Dorn im Auge ist dem Mieterverband auch das Stockwerkeigentum und deshalb fordert er für die Begründung von Stockwerkeigentum ein Bewilligungserfordernis. Die Eigentümerschaft soll nachweisen, dass «die ganze Liegenschaft im Zeitpunkt der Stockwerkseigentumsbegründung einen für Stockwerkeigentum angemessenen Standard aufweist». Der Mieterverband erhebt sich also zum Fachgremium über Stockwerkeigentum, insbesondere in der Beurteilung, was ein angemessener Standard ist. Das ist unhaltbar aus unserer Sicht: Ob ein Standard angemessen ist, entscheidet ganz allein die Eigentümerschaft der Liegenschaft. Es ist vermessend, wenn der Mieterverband nun diesen Standard definieren will. Diese Initiative greift massiv ins verfas-

NEIN ZU GAMMEL-
HÄUSERN DURCH
INVESTITIONS-
STOPP.

NEIN

AM 28. NOVEMBER ZUM EXTREMEN
WOHNSCHUTZGESETZ
MIT REGIERUNG UND GROSSEM RAT.

VERNÜNFTIGER-
WOHNSCHUTZ.CH

NEIN ZUR
ENTEIGNUNG
VON BASLER
WOHNEIGENTUM.

NEIN

AM 28. NOVEMBER ZUM EXTREMEN
WOHNSCHUTZGESETZ
MIT REGIERUNG UND GROSSEM RAT.

VERNÜNFTIGER-
WOHNSCHUTZ.CH

sungsmässig garantierte Eigentumsrecht ein. Die Mieterrechte sollen gemäss diesem Volksbegehren wesentlich über den im eidgenössischen Mietrecht verankerten Schutz vor Missbrauch hinausgehen, was zu einer unhaltbaren Einschränkung der Vermieterrechte führen würde. Mit der Beschränkung des Kündigungsrechts, der Erschwerung, den Wert seiner Immobilie zu erhalten oder zu erhöhen, dem Verbot einen angemessenen Ertrag aus der Mietsache zu erzielen sowie der Beschränkung hinsichtlich der Bestimmung der Eigentumsform der eigenen Liegenschaft wird die Eigentumsgarantie direkt in Frage gestellt. Die Behauptung des Mieterverbands, ein fairer Vermieter oder «ein kleiner Hauseigentümer» habe nichts zu befürchten, ist falsch und irreführend. Im geänderten Wohnraumförderungsgesetz und der Wohnraumschutzverordnung sind diese «kleinen Eigentümer» ausgenom-

men, da Liegenschaften mit vier und weniger Wohnungen nicht darunterfallen. Die aktuelle Gesetzgebung sieht auch keine Beschränkungen beim Stockwerkeigentum vor. Von der beabsichtigten Neuerung betroffen wären eben gerade und ausschliesslich private Eigentümer. Eine Versicherung, eine Pensionskasse oder ein Immobilienfonds wandelt die eigenen Liegenschaften nicht in Stockwerkeigentum um. Es sind dies vor allem die privaten «kleinen Eigentümer».

Gegen «kleine» Eigentümer

Die Baukosten sind für den Privaten nicht günstiger als für einen Investor. Der «kleine Eigentümer» ist auf einen angemessenen Ertrag angewiesen. Dies ist deshalb wichtig, da er oft einen preisgünstigen Mietzins anbietet und dies eben nur bei einer angemessenen Verzinsung der Investition möglich ist.

Erfahrungen aus anderen Städten wie Genf, Berlin und weiteren zeigen, dass solche massiven Eingriffe in den Wohnungsmarkt das Gegenteil von dem bewirken, was angestrebt wird. Investitionen bleiben aus. Wohnungen werden nicht mehr vermietet, der Neubau stagniert, das Angebot an Wohnungen mit gutem Standard wird knapp. Mietzinse schnellen in die Höhe. Dank dem Mieterverband und seinen Verbündeten resultieren bei einer Annahme der Vorlage durch das Volk für Mieterinnen und Mieter und Wohnungssuchende Verschlechterungen der Situation.

Diese Initiative ist sehr gefährlich für den Standort Basel-Stadt. Die erfreulich vielen guten Arbeitsplätze im Kanton und in der Region bedingen auch Wohnraum in ausreichender Quantität und nachgefragter Qualität. Es ist darum am 28. November 2021 unbedingt ein NEIN in die Abstimmungs-Urne zu legen.

Christoph Eymann: Der Abschied von Bern

Von der grossen Kammer ins Kleinbasel: Nach 40 Jahren Politik zieht sich Christoph Eymann nun zurück. Seinen letzten Tag im Nationalrat begleitete Nora Bader, Redaktorin der Basellandschaftlichen Zeitung. Ihren Beitrag dürfen wir verdankenswerterweise in leicht gekürzter Version hier publizieren - „garniert“ mit einigen visuellen Impressionen aus dem LDP-Archiv.

Andächtig, fast etwas verunsichert, tritt Christoph Eymann in die Wandelhalle im Bundeshaus. In jeder Hand hält er einen grossen Blumenstrauss. «Es ist, als ob das Pfadilager fertig ist», sagt der 70-Jährige. Grosses Zeltabbrechen. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier schultern ihre Rucksäcke, steigen in den Zug und fahren nach Hause. Als einer der letzten verlässt Eymann an diesem Freitag den Nationalratssaal. Die Herbstsession ist beendet. Und mit ihr endet die politische Ära des Basler



Liberaldemokraten. Beinahe zumindest. Bis zur Wintersession gehört er noch den parlamentarischen Kommissionen an, etwa jener für Wissenschaft, Bildung und Kultur. In der Wintersession tritt Patricia von Falkenstein, Basler LDP-Prä-

sidentin und Mutter der gemeinsamen Kinder, Eymanns Nachfolge in Bern an.

Der erste Tag und der Blick auf die Alpen

In der Wandelhalle sitzen FDP-Parlamentarier noch um die zurückgetretene Präsidentin Petra Gössi versammelt



an einem kleinen Tisch und diskutieren angeregt. Christoph Eymann, der auf politischer Linie irgendwie nicht richtig zur Fraktion gehörte, setzt sich in einen grossen, schwarzen Ledersessel ein paar Meter weiter und seufzt. Sein Sohn Benjamin von Falkenstein, der heute nach Bern gereist ist, um der Verabschiedung im Parlament beizuwohnen, nimmt auf dem Hocker nebenan Platz. «Jetzt bin ich doch etwas wehmütig»,



sagt Eymann. Er wendet den Blick ab, aus dem Fenster, auf die Alpen. «Es ist jetzt gut so», sagt er, wieder gefasst. Vor ziemlich genau 40 Jahren habe er erstmals einem Rat angehört. Das war der Basler Bürgergemeinderat. Dann folgten elf Jahre im Basler Grossen Rat.

An seinen ersten Tag im nationalen Parlament im Jahr 1991 erinnere er sich noch genau, so Eymann. Der Basler Paul Wyss sei damals FDP-Nationalrat gewesen und Handelskammerdirektor, Eymann Gewerbedirektor. Wyss habe ihn gebeten, mit auf die Toilette zu kommen. «Er wollte mir unbedingt etwas zeigen.» Dort angekommen habe Wyss aufs Fenster gedeutet und gesagt: «Schau mal, wie schön die Alpen sind.»

Die Vereidigung in den Nationalrat habe damals für jeden einzeln stattgefunden. «Meine Eltern waren dabei, es war ein sehr ergreifender Moment.» Er wisse noch, wie er kurz zuvor im Zug gedacht habe: «Jetzt fängt eine neue Etappe an.» Und er habe grossen Respekt gehabt. «Kannst du das, was da auf dich zukommt?», habe er gedacht.

Auf ein Gipfeli mit Bundesrat Schneider-Ammann

Im Erziehungsdepartement, dem Eymann ab 2001 für 16 Jahre vorstand, habe er sich schnell den Ruf als Brückenbauer erarbeitet, sagen die Mitarbeitenden. Ähnlich klingt es bei Nationalrätinnen und Nationalräten. Sogar mit manchen Bundesräten pflegte er einen freund-



schaftlichen Kontakt. Eines Tages bekam er einen Anruf von der Sekretärin von Bundesrat Johann Schneider-Ammann. Dieser wolle ein Gesetz mit Eymann besprechen, er solle am nächsten Morgen um 7 Uhr zu ihm ins Büro kommen. Das war kurz vor Schneider-Ammanns Rücktritt. «Dann nahm der Bundesrat aus dem Jackensack zwei Gipfeli und sagte, er wolle sich von mir verabschieden. Das war so rührend und ein schöner Moment», erinnert sich Eymann. Doch es habe auch unangenehme Momente gegeben. So setzte er sich 2001 dafür ein, dass die Euro 08 in der Schweiz stattfin-



den könne. Es gab grosse Treffen mit der Uefa, an denen die Schweiz den roten Teppich ausrollte, um gemeinsam mit Österreich den Zuschlag zu bekommen. Doch im Vorfeld der Europameisterschaft wurde im Mai 2006 im Spiel zwischen dem FC Basel und dem FC Zürich im Joggeli das Spielfeld von Hooligans gestürmt. Die Ausschreitungen sind als «Schande von Basel» in die Schweizer Sportgeschichte eingegangen. Eymann musste unverzüglich beim damaligen Sportminister, Bundesrat Samuel Schmid, antraben. «Er stauchte mich zusammen, dass es nicht schön war», so

Eymann. «Als hätte ich selbst im Stadion für Ordnung sorgen müssen.» Schmid habe Angst gehabt, dass deswegen die Schweiz die Fussball-EM nicht austragen dürfe. Das verstehe er im Nachhinein, so Eymann, der im FC Nationalrat mit der Nummer 10 viele Tore schoss und von der «Sonntagszeitung» als Ciriaco Sforza des Nationalrats bezeichnet wurde. Darauf angesprochen sagt er zwinkernd: «Diesen Satz verwenden Sie heute besser nicht mehr.»

Mit Eymann im FC Nationalrat spielte damals auch der heutige SVP-Bundesrat Ueli Maurer. Eymann fasste als Präsident der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) den Auftrag, mit Maurer ins Gericht zu gehen, weil der Bund für Jugend und Sport zu wenig Geld zur Verfügung stellte. «Maurer begann, über unsere gemeinsame Zeit im FC zu plaudern.» Mehr Geld habe es dann aber trotzdem nicht gegeben.



Die politische Arbeit habe ihn nie gelangweilt, sagt Eymann. Aber manchmal, da sei er sehr unzufrieden gewesen mit seiner Umgebung. In Bern wie in Basel, etwa wenn seine Vorstösse nicht durchkamen. Dennoch blieb sein Credo: «Man muss verlieren können. Das habe ich im Sport gelernt. Wenn man gut ist, klopfen einem alle auf die Schulter, wenn nicht, dann steht man plötzlich alleine da.» Er habe sich nie allzu viel auf sich selbst eingebildet: «Jeder der 199 anderen im Nationalrat ist mit demselben Recht da



wie ich. Da muss ich weder überheblich sein noch unterwürfig. Es ist der Sinn, zusammen Lösungen zu finden.» Dem hätten nicht alle Nationalratsmitglieder nachgelebt, wenn er sie beobachtet habe, wie sie ins Hotel einmarschiert seien, sagt Eymann. Namen nennt er keine.

Die Kritik der Journalisten und der Ton in der Pandemie

Dass er selber Kritik nicht ertrage, wie Journalistinnen und Journalisten immer wieder sagen, streitet er nicht ab, fügt



aber an: «Auch hier kommt es auf den Ton an.» Dieser habe sich mit der Pandemie überall verändert. «Er wurde schärfer, die Forderungen von Bürgerinnen und Bürgern härter.» Personenschutz habe er nur in seiner Zeit als Basler Regierungsrat ab und zu gebraucht. Etwa an einer Veranstaltung mit rund 2500 Lehrerinnen und Lehrern, wo nicht klar gewesen sei, wer ihm «böse wollte». Das war keine einfache Zeit für den dama-



ligen Erziehungsdirektor. Halt habe er bei seiner Familie gefunden. Eymann ist im Kleinbasel aufgewachsen. Geprägt habe ihn als Kind der Turnverein, wo er verschiedene Sportarten ausübte. «Die Sandgrube war wichtig», erinnert er sich. Als während seiner Zeit als Regierungsrat ein Schulhaus auf «seine» Hochsprunganlage gebaut wurde, habe er zwei Seelen in der Brust gehabt. «Bevor es mit dem Bau losging, bin ich alleine zum alten Kastanienbaum gegangen und habe über diesen Ort und über früher nachgedacht.»

Diesen stillen Moment gibt es auch am Freitag im Bundeshaus.

Non, rien, rien de rien...

Er bereue nichts, auch wenn der Spruch wie aus einer Werbung klinge, so Eymann. Aber: «Wenn ich in der ersten Zeit im Nationalrat die Erfahrung von heute gehabt hätte, hätte ich einen anderen



Hebel gehabt in der liberalen Fraktion. Ich hätte mehr bewegen können.» Häufig war es nicht einfach, die Fraktion für sich zu gewinnen, da für sie die Staatsausgaben im Vordergrund standen.

Stolz ist Eymann unter anderem auf seine Erfolge in Basel. Dort initiierte er die frühe Sprachförderung vor dem Kindergarten. Später setzte er dies auch national durch. Eymann setzte sich in Bern für die Universitäten und die Berufsbildung

ein, für die Förderung der Fotovoltaik, Energieeffizienz und für die Pharma-Forschung.

Noch nicht abgeschlossen ist sein Vorstoss für ein nationales Forschungsprogramm zur Alzheimerkrankheit. Und: Dass der Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung in die Bundesverfassung aufgenommen wurde, ist mitunter sein Verdienst.

Nicht im Pyjama Zeitung lesen

Ganz loslassen kann er nicht. Das Präsidium der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) wird Eymann weiterhin innehaben. Und er werde mit der ehemaligen Regierungsrätin Barbara Schneider Geld sammeln für ein Heim für Kinder mit Behinderung. Ausserdem engagiert er sich ehrenamtlich für die Entstehung eines neuen Augenforschungszentrums.



«Und ich will wieder im Rahmen der Möglichkeiten mehr Sport machen und mein Sonnenblumenfeld beackern.» Es sei wichtig, eine Tagesstruktur zu haben und nicht bis 10 Uhr im Pyjama Zeitung zu lesen. Er habe gelernt aus der Vergangenheit: «Nach dem Regierungssamt fiel ich in ein Loch.» Er habe damals nicht einfach den Titel verloren, sondern die Strukturen. Das habe er überwunden. «Es war gut, dass ich hier im Pfadilager noch mitmachen durfte.» Da ist sie wieder, die Wehmut, die der liebevolle Witz nicht ganz zu übertönen vermag. Nach dem Umtrunk mit seinem Sohn in Bern macht sich nun auch Eymann mit dem Rucksack auf den Heimweg – von der grossen Kammer zurück ins Kleinbasel, seinen Lieblingsort.

NEIN ZUR WEITEREN VERKNAPPUNG DES WOHNANGEBOTS.

NEIN AM 28. NOVEMBER ZUM EXTREMEN **WOHNSCHUTZGESETZ** MIT REGIERUNG UND GROSSEM RAT.

VERNÜNFTIGER-WOHNSCHUTZ.CH

NEIN ZUR VERHINDERUNG VON ÖKOLOGISCHEN SANIERUNGEN.

NEIN AM 28. NOVEMBER ZUM EXTREMEN **WOHNSCHUTZGESETZ** MIT REGIERUNG UND GROSSEM RAT.

VERNÜNFTIGER-WOHNSCHUTZ.CH

Ein Zwischenruf: Werden SP-Mitglieder entmündigt?



von
Nationalrat Christoph Eymann

(Dieser Text wurde erstmals in der
Basler Zeitung veröffentlicht.)

Der Präsident des Grossen Rates lud die Grossratsmitglieder, Persönlichkeiten aus der Politik und weitere Gäste zu seiner Feier ein. Dieser traditionelle Anlass – eine politische Lockerungsübung - ist beliebt. David Jenny leitet den Grossen Rat ausgezeichnet und erhält über die Parteigrenzen hinweg Anerkennung – auch von der *fidelen bunten Gästeschar* an seinem Fest. Wie heute üblich, wurden Momente des gemeinsamen Feierns fotografisch festgehalten und wie heute auch üblich – subito mittels Social Medias weit herumgeschickt. Dass dabei auch *Fröhlichkeit ausstrahlende Personengruppen mit Politikerinnen und Politikern verschiedener Parteien* abgelichtet wurden, irritiert die Leitung der Basler Sozialdemokraten massiv. Co-Präsidentin Lisa Mathys und der Präsident der Jungsozialisten Nino Russano stört die bildlich festgehaltene heitere parteipolitische Diversität. Mathys tadelte einen ehemaligen SP-Grossrat, weil er sich mit Regierungsrätin Stephanie Eymann zeigt, die eine repressive, den Werten der SP widersprechende Politik vertrete. Russano doppelte nach, es sende eine Nachricht aus, wenn linke Menschen mit Bürgerlichen irgendwelche Gossip-Fotos für Social Media machen. *Bürgerliche, welche die Renten der Grossmütter kürzen wollen, seien nicht einfach Buddies.* Als SP-Mitglied müsse man sich bewusst sein, wie man öffentlich auftrete. Die SP habe die Machtstrukturen des Eymann-Clans wiederholt kritisiert. Es sei ein Widerspruch, mit demselben Clan in freundschaftlicher Einigkeit zu posieren. Dies alles veröffentlichte Bajour Dieser *Ausdruck des Nichtverstehens der Politik in Basel*, die – mit Blick auf den «Eymann-Clan» - dümmlichen Aussagen und *die diktatorischen Allüren der SP-Spitze* schockieren selbst Linke. Mir ist bewusst, dass alle Ratsmitglieder mit der gleichen Berechtigung wie ich politisieren. Mir ist bewusst, dass gute Ideen nicht nur von mir und der LDP kommen, sondern auch von anderen Ratsmitgliedern und Parteien. Mir ist bewusst, dass unser Mehrparteien-Regierungssystem intensive Gespräche erfordert. Mir ist bewusst, dass es für stabile Mehrheiten im Grossen Rat den *Dialog über Parteigrenzen hinweg* braucht. Diese Erkenntnis teilen die SP-Leute möglicherweise. Offenbar finden sie aber, Kontakte mit anderen Parteiangehörigen dürften nur in Sitzungszimmern, todernst und ohne Sympathiebezeugungen stattfinden. Falls Sympathiebezeugungen oder gar Humor ausserhalb des Ratsbetriebs SP-obrigkeitlich sogar erlaubt wären, darf solches Verhalten keineswegs an die Öffentlichkeit gelangen; *keine Transparenz, wenn Freude herrscht!* Setzt sich dieses Diktat der SP-Führung durch und darf fröhliches Zusammensein nur im Rahmen der eigenen Partei oder nur im Verborgenen stattfinden, wäre dies schlecht für das politische Klima. Bevor *Foto-Parteidisziplin* befohlen wird, sollte sich die SP-Spitze ein Bild machen über Basler Gepflogenheiten. In ländlichen Gegenden gibt es Beizen, die nur von Mitgliedern und Sympathisanten der einen und sicher nicht von der anderen Partei besucht werden. Anders in Basel - hier konnten auch Liberale in der «Alten Schmitti», einem PdA-Stammlokal einkehren. Nach einem Spiel des FC Grossrat wurde beim Bier überparteilich vergnügt eingefädelt, dass ein arbeitsloser linker Grossrat eine Stelle bei einem bürgerlichen Kollegen erhielt. Nach der Wehrmänner-Entlassung in der Mustermesse bewegte sich ein *zivil, militärisch und parteipolitisch gemischter heiterer Zug* hinter dem Tambour und Karli Schnyder zu den Beizen. Fasnacht feiert man zum Glück nicht politisch getrennt. Liebe SP-Vordenkende, unsere Politik krankt nicht an einem Übermass erkennbarer Einigkeit, eher an einem *Zuviel von Trennendem*. Eure Verbissenheit schadet dem politischen Klima. Habt Vertrauen, dass sich Eure Grossratsmitglieder nicht phagozytieren lassen von Bürgerlichen, weil sie *sichtbar mit dem Klassenfeind* auf den Grossratspräsidenten anstossen!

4010 Basel

PP

Liberal

Forum für liberale Politik
in der Region Basel

November 2021

Preis
Einzelpreis CHF 4.00,
Jahresabonnement CHF 18.00

Auflage
13'000 Exemplare
erscheint ca 4-mal jährlich

Herausgeberinnen
LDP Basel-Stadt
LDP Riehen/Bettingen
Jungliberale Basel

Redaktion: André Auderset

Redaktionsadresse
Elisabethenanlage 25
4010 Basel
T 061 272 12 36
F 061 272 17 43
andre.auderset@ldp.ch

Inserate
Elisabethenanlage 25
4010 Basel
T 061 272 12 36
F 061 272 17 43

Druck
Gremper AG, Basel/Pratteln